

Reaktionäre Kräfte in den bürgerlichen Parteien reden dem zersetzenden Partikularismus das Wort. Leider betreiben auch sozialdemokratische Führer in Bayern eine partikularistische oder in Schleswig und im Saargebiet sogar eine separatistische Politik. Die sozialdemokratische Führung vertritt zwar in Worten die Einheit Deutschlands, in der Praxis aber fördert sie durch ihre Zweizonenpolitik die Spaltung Deutschlands. Maßgebende, der Sozialdemokratischen Partei angehörende Regierungsvertreter betreiben ganz offen eine Politik, die versucht, sich der Verantwortung zu entziehen, die auf dem deutschen Volke lastet. Sie verhindern so, daß das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland gewinnt, und fügen dadurch dem deutschen Volke unberechenbaren Schaden zu. Sie bereiten jetzt eine Regierung für die amerikanische und englische Besatzungszone vor, um damit die Zerreißung Deutschlands endgültig zu besiegeln.

Ohne politische Einheit gibt es aber keine wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

*Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands fordert daher, daß das deutsche Volk in freier und geheimer Abstimmung über die Staatsform entscheiden soll.*

In dieser Stunde höchster nationaler Gefahr müssen sich alle antifaschistisch-demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zusammenschließen, um das deutsche Volk aus seiner nationalen Katastrophe herauszuführen. Die antifaschistisch-demokratischen Parteien in ganz Deutschland und die Gewerkschaften müssen zusammentreten, um einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden für die Durchführung eines

*Volksentscheides über die Bildung des Einheitsstaates mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden.*

*Das ganze Volk soll damit die Verantwortung für den zukünftigen staatlichen Aufbau Deutschlands übernehmen. Diese Entscheidung wird den Sieg über die Feinde der Einheit Deutschlands bringen.*

*Die nationale Einheit Deutschlands muß ihren Ausdruck in der Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung finden.*

Deutschland kann nur hoffen, in den Kreis der friedlichen Völker wieder aufgenommen zu werden, wenn es durch eine zentrale Regierung vertreten wird.

Zur Vorbereitung einer solchen Regierung fordert die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands *die sofortige Bildung einer deutschen Zentralverwaltung.*